

P o l i t i k

30. März 1949

=====
IV/38

Atlantik-Deutschland?

=====
Von Friedrich Stämpfer

Es ist leicht zu verstehen, warum in Deutschland wenig von der Begeisterung zu spüren war, mit der anderwärts der Atlantik-Pakt aufgenommen worden ist. Vor allem: Deutschland ist nicht Subjekt, sondern nur Objekt des Faktes und selbst dies nur indirekt und nur für jenen Teil, der unter dem Schutz der westlichen Besatzung steht. Dann aber erinnert man sich hier nur zu gut noch daran, mit welchem Jubel vergangene Pakte und Proklamationen aufgenommen worden sind, von denen nichts geblieben ist als das Papier, auf das sie gedruckt sind.

Die Zugehörigkeit des deutschen Volkes, des ganzen deutschen Volkes zum atlantischen Kulturkreis ist unbestreitbar. Sie ist diesem Volke nie so klar gewesen wie gerade in der Gegenwart, die soviel Gelegenheit zu Vergleichen bietet.

Man versteht auch in Deutschland, dass die Bildung eines Westblocks als Gegengewicht gegen den Ostblock eine Notwendigkeit war, und weiss es zu schätzen, dass die amerikanische Feuerwehr in Zukunft nicht erst kommen will, wenn halb Europa verbrannt ist, sondern schon beim ersten Brandgeruch. Gar nicht befreundeten kann man sich aber hier mit dem so oft gehörten Argument, der neue Pakt sei deshalb besonders zu begrüßen, weil er politisch stabile Verhältnisse schaffe, die für das wirtschaftliche Gedeihen notwendig seien.

Das Wort "stabilisieren" kann man heute in Deutschland nur mit Schrecken hören. Was, um alles in der Welt, soll stabilisiert werden? Die Uneinigkeit der Sieger, die einen Frieden unmöglich macht? Der eiserne Vorhang? Die West-Ost-Blockade? Bizonien? Triazonien? Und vor allem: Soll der Zustand stabilisiert werden, in dem der deutsche Osten lebt, und in seiner Mitte als eine umbrandete Insel oder eine belagerte Festung Berlin?

Mit all diesen Zuständen kann sich das deutsche Volk nur abfinden, weil sie nach seiner Überzeugung provisorisch sind, weil ihre Unhaltbarkeit offensichtlich ist, weil jeder einsehen muss, dass es "so nicht weitergehen kann." Es müsste in Apathie versinken, wenn es an die "Stabilität" dieser Zustände glauben sollte und nicht an die Möglichkeit einer Änderung zum Bessern.

An dieser Stelle mögen Amerikaner fragen, ob nicht die Besserung in Westdeutschland spürbar sei, wenn man den gegenwärtigen Stand der Wirtschaft mit dem vor zwei, drei Jahren vergleiche. Diese Besserung ist zweifellos da und soll dankbar anerkannt werden. Es wäre jedoch ein gefährlicher Irrtum, wenn man an die Möglichkeit ihrer Stabilisierung auf Grund der gegenwärtigen politischen Zustände glaubte. Die deutsche Wirtschaft wird heute im amerikanischen Rollstuhl gefahren und nimmt infolgedessen an Körpergewicht zu. Dafür aber, dass sie wieder auf eigenen Füßen stehen kann, fehlen alle Voraussetzungen. Die können nur durch Änderung der politischen Zustände geschaffen werden.

Nicht die Stabilisierung, sondern die Änderung des gegenwärtigen Zustandes ist für die deutsche Wirtschaft eine unbedingte Notwendigkeit. Sie bedarf, wie selbst in Potsdam anerkannt wurde, des deutschen Staatsganzen als einer wirtschaftlichen Einheit, sie bedarf aber auch darüber hinaus des lebhaften Warenaustausches mit dem Osten und Südosten. Solange es nicht wieder ein einiges Deutschland gibt mit einer einheitlichen Aussen-, Wirtschafts-, Sozial- und Finanzpolitik, gibt es keine echte Erholung der deutschen Wirtschaft.

Man soll aber auch nicht über ökonomischen Betrachtungen das Gefühlsmoment vergessen; man soll nicht glauben, dass man in Westdeutschland Ostdeutschland abschreiben kann. Wenn amerikanische Korrespondenten ihren Lesern erzählen, dass man sich im Westen mit dem Gedanken an ein stabilisiertes Westdeutschland zu befreunden beginne, so können sie nur an jene Schichten denken, die im Jahre 1923 mit den französischen Militärs gegen die deutsche Sozialpolitik konspirierten, ein paar Jahre später mit dem gleichen Ziel Hitler bezahlten, und die sich heute in die vorderste Reihe drängen, wo ein gutes Geschäft mit dem Sieger winkt. Die grosse Masse des deutschen Volkes aber wird sich nie mit der Zerreißung Deutschlands abfinden, wird nie vergessen, dass die Menschen in Magdeburg und Erfurt, Dresden und Leipzig ihre Brüder und Schwestern sind.

Daran sollte man denken, wenn demnächst in Washington die amerikanisch-englisch-französischen Beratungen über eine einheitliche Deutschlandpolitik beginnen. Was nützt, ist nicht ein Atlantik-Deutschland, aber eine atlantische Deutschlandpolitik, eine Erfüllung des Atlantik-Paktes mit dem Geist der Atlantik-Charta.

Frankreich befürchtet deutsche Ostorientierung

Von Alfred Frisch, Paris

Die Bemühungen Natolyns und anderer deutscher Politiker, Brücken zwischen Ost und West zu bauen oder eine deutsche Neutralitätserklärung zu erreichen, werden in Frankreich mit Aufmerksamkeit und mit grösstem Misstrauen verfolgt. Der Gedanke der Wiederherstellung der deutschen Einheit beunruhigt dabei weniger als die Möglichkeit und

die französischerseits offen unterstellte Absicht, Westdeutschland in den sowjetrussischen Machtbereich einzubeziehen.

Die politischen Kreise Frankreichs haben den Freundschaftspakt zwischen Hitler und Stalin noch nicht vergessen, sie erinnern sich auch der herzlichen Beziehungen zwischen Reichswehr und Roter Armee zur Zeit der Weimarer Republik, sie denken schliesslich an den Bismarckschen Rückversicherungsvertrag mit Russland und an die daran anknüpfende diplomatische Tradition. In den gleichen Kreisen glaubt man auch zu wissen - mit Recht oder Unrecht - dass die deutsche Industrie, gestützt auf das Grossbürgertum, die Militärs und die Überreste der Diplomatie, einer Zusammenarbeit mit Russland auch jetzt nicht ablehnend gegenübersteht, wohl in der Hoffnung, Deutschland könne seine Neutralität wahren und sich dadurch dem bolschewistischen Einfluss entziehen.

An die Möglichkeit einer europäischen oder deutschen Neutralität gegenüber dem Bolschewismus glaubt in Frankreich ausser den Kommunisten kein ernst zu nehmender Politiker mehr. Man ist daher nicht bereit, in einer deutschen Zusammenarbeit mit der Sowjetunion etwas anderes zu sehen als eine eindeutige Ostorientierung mit allen sich daraus ergebenden Folgeerscheinungen, entsprechend dem Schicksal Polens, der Tschechoslowakei usw.

Die Befürchtung eines neuen deutschen Angriffs am Rhein wird in bereits fühlbarem Ausmass durch die Gefahr eines deutschen Bündnisses mit der Sowjetunion ersetzt. Man möchte in Paris die Gewissheit haben- und zwar nicht nur in den zuständigen Ministerien, sondern auch in den verschiedensten politischen Lagern und in der öffentlichen Meinung - dass nicht eines Tages die Ruhr und die mit amerikanischer Hilfe wieder aufgebaute westdeutsche Wirtschaft den Russen ausgeliefert und damit die gesamte westeuropäische Gemeinschaft an den Rand des Abgrundes getrieben wird. Und getreu der französischen Sicherheitstradition sieht man sich auch bereits nach Alternativen um.

Als positivste Lösung wird von zahlreichen einsichtigen Persönlichkeiten die gleichberechtigte Zulassung eines wirtschaftlich gesunden Westdeutschlands in die europäische Gemeinschaft empfohlen. Dadurch würde der Osten sowohl materiell wie politisch seine Anziehungskraft verlieren. Es ist bezeichnend, dass der Präsident des von Vansittart gegründeten "Internationalen Komitees zum Studium Europäischer Fragen", ein Dr. Borel, unlängst in einem offenen Brief an die Zeitung "Le Monde" die Internationalisierung der gesamten westeuropäischen Schwerindustrie gefordert hat, um auf diese Weise die Auslieferung der Ruhr an die Russen unmöglich zu machen, denn seines Erachtens sei ein gleichberechtigtes, wirtschaftlich eng an den Westen gebundenes Deutschland an einer Ostorientierung nicht mehr interessiert, da sie seinen eigenen Interessen zuwiderlaufe.

Im Augenblick würde die französische Öffentlichkeit über die zukünftigen politischen Absichten Deutschlands nichts mehr beruhigen als ein begeistertes Bekenntnis zur europäischen Idee. Man beklagt sich in Frankreich zunehmend über die Zurückhaltung der deutschen Parteien in dieser immer mehr in den Mittelpunkt rückenden Frage. Besonders in Linkskreisen, wo man in der Arbeit für die europäische Einheit die dringendste und nützlichste Aufgabe sieht, wurde man durch die letzte Erklärung des Parteivorstandes der SPD enttäuscht, weil man von der deutschen Arbeiterpartei mehr erwartete als eine kurze und unverbindliche Sympathiekundgebung, von der man annimmt, sie solle die aktive Mitarbeit ersetzen. In Frankreich bemüht man sich in weitesten politischen Kreisen ehrlich, europäisch zu denken. Man bedauert die Bremsversuche Grossbritanniens und glaubt, von dem neuen Deutschland, dem ein übernationaler Zusammenschluss nur Nutzen bringen kann, eine vorbehaltlose Unterstützung fordern zu dürfen. (b/A/293/1/he)

Die Existenzkrise der KPD

(sp) Die KPD in den Westzonen befindet sich in einer Krise. Es ist eine echte Existenzkrise, die nach allen Anzeichen den Abstieg dieser Partei zur Splitterpartei bedeuten wird, was zum Teil bereits in den jüngsten Wahlergebnissen zum Ausdruck kam.

Kennzeichen sind die Zersetzungserscheinungen im Führungskörper der Partei, der bei allen früheren Krisen in der Generallinie meist intakt blieb. Als bezeichnend kann der Verlauf der diesjährigen Funktionärsversammlungen angesehen werden. Auf allen Versammlungen wurde von den führenden Leuten festgestellt, dass die Parteigliederungen zu einer wirksamen Durchführung von befohlenen Aktionen nicht mehr fähig sind. Bei einer kürzlich stattgefundenen Kreisleiterversammlung machte ein von der Parteileitung entsandter Instrukteur die ihm unterstellten Kreisleiter für das Fehlschlagen der Reimann-Aktion verantwortlich und kritisierte, dass die Funktionäre nur mehr arbeiten, wenn sie "unter Druck" gesetzt werden. Einer der Kreisleiter erwiderte darauf, dass die älteren Parteimitglieder nur von einer Idee geleitet werden, nämlich: Opposition gegen die offizielle Parteilinie. Bei einer anderen internen Parteiversammlung wurde von einem der führenden KP-Funktionäre im Westen Deutschlands, Josef Ledwohn, eingestanden, dass die KPD und SED den Kontakt mit den Massen verloren haben. Dieser Feststellung wurde nicht widersprochen.

Den wachsenden Widerstand innerhalb der KP musste kürzlich auch der zweite Vorsitzende der KPD Nordrhein-Westfalen, Ewald Kaiser, erfahren, als er vor den Funktionären seines Gebietes sprach. In dieser Rede versuchte Kaiser, seine Parteigenossen mit der Ablenkung auf die militärische Entwicklung in China zu trösten. Daraufhin wurde ihm eindeutig klargemacht, dass er doch über Deutsch-

land berichten sollte und nicht über den Jangtsekiang. Auf Kaisers Entgegnung, dass die Oder-Neisse-Frage unwichtig sei, weil durch den internationalen Sozialismus alle nationalen Grenzen ihre Bedeutung verlieren, wurde er gefragt: "Können wir das den Flüchtlingen aus Ostpreussen und den polnisch besetzten Gebieten, die ohne Rücksicht auf ihre politische Einstellung verjagt worden sind, erzählen? Könnte Max Reimann, der aus Ostpreussen stammt, eine KPD-Ortsgruppe in Königsberg gründen?" Es wurden dann noch andere Fragen gestellt, wie z.B., warum deutsche Antifaschisten immer noch in russischer Kriegsgefangenschaft gehalten, während faschistische Offiziere begünstigt behandelt und freigelassen werden, und dergl. mehr.

Es vergeht kein Tag, an dem nicht Meldungen von Austritten aus der KP erfolgen. Das Kernproblem für die Krise der KP, die für die Zentrale der KP praktisch unlösbar ist, besteht im Grunde darin: Man kann die bedingungslose Abhängigkeit und Unterordnung der KP von der russischen Zentrale in Moskau (z.B. bei den Weisungen über die Oder-Neisse-Grenze) die russische Behandlung der Kriegsgefangenen, die totalitäre Bankrottpolitik der SZP, das Stachanow-Hennecke-Ausbeutungssystem, die Abschaffung der Betriebsräte, dem dort herrschenden Terror mit Deportierungen und KZs - all diese "Errungenschaften" der kommunistischen Politik in Deutschland nicht als eine "fortschrittliche" deutsche Politik glaubhaft machen. Diese Tatsachen vor allem erklären die Krisenerscheinungen innerhalb der KP.

Die Parteiführung bemüht sich vergeblich, sie aufzuhalten. Die KP wird zur Splitterpartei in Deutschland, was jedoch nicht ausschliesst, dass sie mit dem Kern von auslandhörigen Agenten ein Faktor bleibt, der weiterhin sorgfältig beobachtet bleiben muss. (m/B118/293 §2/he)

217 Resolutionen für den Labour-Parteitag

(sp) Für den diesjährigen Parteitag der Labour Party, der während der Pfingstfeiertage in Blackpool abgehalten wird, liegen insgesamt 217 Resolutionen der verschiedenen Ortsverbände vor. Das ist knapp die Hälfte der im Vorjahr eingebrachten Anträge. Ihre Verminderung ist einem dringenden Appell der Parteiführung zuzuschreiben, sich in der Abfassung der Resolutionen auf das Allernotwendigste zu beschränken, um genügend Zeit für die Beratung des Programms für die Wahlen im Sommer 1950 zu haben. Dieses liegt in seinen Grundzügen nunmehr fest und bildet den Mittelpunkt des Parteitages. Die Diskussion des Wahlprogramms wird allein zwei Tage in Anspruch nehmen. Zahlreiche Resolutionen befassen sich mit dem Wohnungsbau, den Baukosten und den Mieten, und allein 27 Resolutionen behandeln die auch in England immer noch hohen Lebenskosten. Mehrfach wird eine Ausdehnung der Nationalisierung auf weitere Industrien gefordert und in neun Anträgen wird die Verstaatlichung des Landbesitzes verlangt. (m/B23/1)

Dem Vertreter einer ausländischen Agentur beantwortete Dr. Schumacher einige Fragen zur politischen Situation in Bonn.

Schumacher zu Bonn

=====
Erste Frage: Glauben Sie, Herr Dr. Schumacher, dass die Bemühungen der SPD und CDU, Westdeutschland eine vernünftige Verfassung zu geben, auf Grund der alliierten Gegenvorschläge zunichte gemacht worden sind, und sind Sie der Ansicht, dass die Deutschen auf keinen Fall auf die Forderungen der Generale eingehen sollten?

Antwort: Die alliierten Gegenvorschläge können nicht Bestandteil einer die deutschen Kräfte zusammenfassenden Verfassung sein, denn sie haben trennende und auflösende Wirkungen. Hinter dem Streit um den Finanzkomplex steht die grosse Frage des nationalen und wirtschaftlichen Zusammenlebens, die bei der Realisierung der alliierten Gegenvorschläge zerstört würde. Die 26 Punkte der Alliierten zu Artikel 36 des Grundgesetzentwurfes lassen an dem alliierten Willen zweifeln, ein lebens- und funktionsfähiges Staatswesen entstehen zu lassen. Soviel Punkte, soviel Schwierigkeiten und Tendenzen zur Auflösung Westdeutschlands in einen Staatenbund. Weder die Sicherheit Frankreichs noch die Neuordnung Europas, am allerwenigsten aber die Demokratie in Deutschland, sind auf diesem Wege möglich. Zur gleichen Zeit, in der man für die Durchführung des Marshall-Planes zur Konzentration der europäischen Kräfte aufruft, löst man ein grosses Stück dieses Europas in seine Bestandteile auf. Damit nimmt man der Demokratie ihren politischen und moralischen Wert und macht den Platz frei für nationalistische und antidemokratische Bewegungen, die sich prorussisch auswirken müssen.

Zweite Frage: Welche Möglichkeiten sehen Sie nach einem möglichen Zusammenbruch der Bonner Verhandlungen, eine Lösung des deutschen und vor allem des westdeutschen Problems herbeizuführen?

Antwort: Es gibt eine sehr einfache und reale Möglichkeit: man sollte sich auf alliierter Seite dafür entscheiden, auf die Meinung der deutschen Demokratie zu hören und nicht auf das Echo der momentanen alliierten Politik zu warten. Man musste doch von vornherein wissen, dass man die Deutschen, als man sie zur Arbeit am Grundgesetz aufforderte, nicht zu blossen Schachfiguren herabdrücken konnte. Anderenfalls hätte man die verwaltungsmässige Reorganisation Westdeutschlands aus dem Recht und der Macht des Siegers gestalten müssen. Man darf den Demokraten in Deutschland nicht zumuten, alles das für richtig zu erklären, was sie für falsch halten. Die Errichtung Europas macht nötig, dass das, was von Deutschland übriggeblieben ist, mit dem guten demokratischen Willen der Deutschen und nicht gegen ihn gestaltet wird. Die Erhebung des Begriffs Föderalismus zu einem Fetisch mit prähistorischem Inhalt ist ein kostspieliger Luxus und ein gefährlicher Umweg für ganz Europa. In Anbetracht der politischen Gefahren sollte man rational und praktisch genug denken, um die Probleme des 20. Jahrhunderts auch mit Methoden zu meistern, die diesem Jahrhundert angemessen sind.

Knoeringen-Beleidiger verurteilt.

(sp) In dem Verfahren, das der Landesvorsitzende der SPD Bayern, Waldemar von Knoeringen, gegen den Abgeordneten Karl Meissner angestrengt hatte, hat das Landgericht München das folgende Urteil gefällt: Dem Antrag des Klägers wird in vollem Umfange stattgegeben und dem Beklagten für jeden Wiederholungsfall seiner Beschuldigungen gegen W.v.Knoeringen eine Haft von sechs Monaten oder eine Geldstrafe in unbegrenzter Höhe angedroht.

Karl Meissner hatte W.v.Knoeringen in öffentlichen Versammlung einen Landesverräter und Spion genannt. Da er als Abgeordneter Immunität geniesst, hat v.Knoeringen den Erlass einer einstweiligen Verfügung beantragt. Meissner versuchte zunächst, vor dem Landgericht zu bestreiten, dass er Äusserungen der beanstandeten Art getan habe, er wurde aber durch neun eidesstattliche Erklärungen überführt.

- - - -

Noch Kriegsgefangene in Rumänien?

(sp) Mit dem ersten grösseren Heimkehrertransport dieses Jahres aus Russland wurden auch 70 Kriegsgefangene aus Rumänien im Lager Frankfurt/O. entlassen. 20 von ihnen sind in der Ostzone beheimatet, die anderen wurden in die Westzonen weitergeliefert. Es handelt sich um Gefangene des Lagers 36 in Rumänien, Marmaros-Sigeth, und zwar Restkommandos aus den ehemaligen Durchgangslagern in Rumänien wie z.B. Foscani, die nach Erfüllung ihrer Aufgaben aufgelöst wurden. Das Lager Marmaros-Sigeth wurde noch nicht aufgelöst, es ist zum Teil noch mit Kriegsgefangenen besetzt. Zu Marmaros-Sigeth kommen noch kleinere Kommandos in einzelnen rumänischen Städte, die als Arbeitsgruppen den russischen Stäben unterstellt sind. Da die Heimkehrer wenig Verbindungsmöglichkeiten hatten, konnten sie nicht angeben, ob noch weitere grössere Lager in Rumänien bestehen. (m/Bl/303/2/he)

- - - -

Zwangstransporte nach Joachimstal

(sp) Aussagen von Sachkennern zufolge ist die Fluktuation der Arbeitskräfte im Uranbergbaugebiet von Aue ausserordentlich gross. Es treffen ständig umfangreiche Menschentransporte ein, ohne dass man über ihren Verbleib etwas weiss. Zwar ist eine gewisse Abwanderung in die Westzonen festzustellen, doch reicht diese Erklärung in keiner Weise aus. Es verlautet, dass in der letzten Zeiteinige tausend Deutsche von Aue in die Tschechoslowakei nach Joachimstal gebracht worden sind. Insbesondere hört man von der Verschleppung solcher Arbeiter aus Mecklenburg. Die Verschleppung wird entweder durch eine Dienstverpflichtung getarnt oder durch einen freiwilligen Arbeitsvertrag. Seit längerer Zeit gehen aus Greifswald derartige Transporte ab, ohne dass das zuständige Arbeitsamt Mitteilungen darüber hat abgeben können, wo die Verschleppten zum Einsatz gekommen sind. (b/3r3/eu/2/he)

- - - -

Verantwortlich: Peter Raunau